

Stimmung zur III. Parteikonferenz der SED (4)

26. März 1956

III. Parteikonferenz der SED (4. Bericht) [Information Nr. M69/56]

Quelle

BStU, MfS, AS 79/59, Bd. 1a, Bl. 233–235.

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe oder interne Verteilung.

Verweise

Informationen [M66/56](#), [M67/56](#), [M68/56](#), [M72/56](#), [M74/56](#), [M76/56](#), [M77/56](#), [M78/56](#), [M81/56](#), [M87/56](#) und [M91/56](#).

Die Diskussionen zur III. Parteikonferenz haben gegenüber den Vortagen etwas zugenommen, sind aber trotzdem noch gering. ¹ Man beginnt erst langsam, sich mit den gemachten Ausführungen zu beschäftigen. Die bisher bekannt gewordenen Stellungnahmen sind überwiegend positiv. Alle Bevölkerungskreise beschäftigen sich mit dem Referat Walter Ulbrichts; es wird aber meist nur über die Einführung der 40-Stunden-Woche,² die Erhöhung der Renten³ und die Anwendung der Atomenergie gesprochen,⁴ während zu den anderen Problemen noch keine Diskussionen bekannt wurden.

Bei den positiven Stimmen kommt Dankbarkeit gegenüber unserer Partei zum Ausdruck, dass sie sich mit solchen Fragen beschäftigt, die der Verbesserung der Lebenslage dienen. In Bezug auf die Einführung des 7-Stunden-Tages erkennen die Arbeiter aber auch an, dass die Steigerung der Arbeitsproduktivität, Technisierung, Modernisierung und anderes unbedingte Voraussetzungen dafür sind. Vor allem Rentner, aber auch andere, begrüßen die in Aussicht gestellte Rentenerhöhung. Einzelne Stellungnahmen von Angehörigen der Intelligenz zeigen Zustimmung zur friedlichen Anwendung der Atomenergie.

Negative Äußerungen wurden bisher nur vereinzelt bekannt. Einmal kommt darin Zweifel zum Ausdruck, ob alles erfüllt wird, was Walter Ulbricht jetzt verspricht. Mehrfach heißt es dazu, dass auch zu Beginn des ersten Fünfjahrplanes ein nie gekannter Wohlstand versprochen wurde, was man aber nie erreicht habe.⁵ Zum anderen argumentiert man, dass das gesteckte Ziel nur durch höhere Arbeitsleistung »auf Kosten der Knochen der Arbeiter« möglich sei. Beschäftigte in der Landwirtschaft bezweifeln die Einführung des 7-Stunden-Tages in der Landwirtschaft und Rentner sind der Meinung, dass eine Rentenerhöhung im Jahre 1957 zu spät erfolge.

Feindliche Argumente wurden bisher nicht bekannt. Feindtätigkeit zeigt sich im Anschmieren von Hetzlosungen und im Abreißen von Fahnen und Plakaten, was jedoch nur ganz vereinzelt auftritt.

Folgende negative Äußerungen wurden aus den einzelnen Bevölkerungsschichten bekannt

Industrie- und Verkehrsbetriebe

- Ein Eisenbahner aus Freidorf, [Kreis] Königs Wusterhausen, [Bezirk] Potsdam: »Man wird wieder viel versprechen und zum Schluss doch nicht einhalten können. Man hat uns im ersten Fünfjahrplan viel versprochen und nichts gehalten.«
- Mehrere Arbeiter diskutierten in einem Gartenlokal in Karl-Marx-Stadt: »Es ist ganz gut, was Walter Ulbricht in seinem Referat auf der III. Parteikonferenz in Bezug auf Verbesserung des Lebensstandards, Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich sieben Stunden sowie Rentenerhöhungen im Jahre 1957 gesagt hat. Er sollte aber den Mund nicht gar so voll nehmen, denn zu Beginn des ersten Fünfjahrplanes wurde gerade von ihm gesagt, dass am Ende des ersten Fünfjahrplanes ein noch nie gekannter Wohlstand erreicht sein würde.«
- Arbeiterinnen der Sonntagsschicht im VEB Bekleidungswerk Frankfurt/O., äußerten, »dass der Rundfunk und die Zeitungen schon vieles gesagt haben. Aber was jetzt gesagt wird, die Arbeitszeit verkürzen und Rentenerhöhung, das glauben sie nicht mehr.«
- Ein Arbeiter aus [Bad] Freienwalde: »Die gesteckten Ziele sind ja ganz annehmbar, aber die Verwirklichung geht bestimmt auf den Knochen der Arbeiter und Bauern, denn allein ist die Regierung nicht in der Lage.«
- Im Zusammenhang mit dem 7-Stunden-Tag wird im Kraftwerk Finkenheerd, ⁶ [Bezirk] Frankfurt/O., die Frage gestellt: »Wo will man die Menschen hernehmen, die reichen ja schon nicht bei einer achtstündigen Arbeitszeit aus.«

Handelsangestellte (HO Rudolstadt, [Bezirk] Gera) diskutieren, dass sie sich [sic!] materiell schon immer schlechter gestanden hätten, als die Arbeiter in der Industrie, und dass dies nunmehr durch die Einführung des 7-Stunden-Tages noch krasser in Erscheinung treten würde. Verschiedentlich wird zum Ausdruck gebracht, dass sie dann ebenfalls in der Industrie arbeiten wollen.

Landwirtschaft

Auch in der Landwirtschaft gibt es Einzelstimmen, dass für Beschäftigte in der Landwirtschaft der 7-Stunden-Tag nie kommen werde. Traktoristen der MTS Renzow und Roggendorf, Kreis Gadebusch, [Bezirk] Schwerin, erklärten: »Die Einführung des 7-Stunden-Tages ist eine gute Angelegenheit, aber leider können wir diese aber nicht in Anwendung bringen, da wir zeitweilig mit zehn Stunden noch nicht auskommen.«

Rentner

Ein Rentner aus Gehren, Kreis Ilmenau sagte: »Die Rede Ulbrichts ist schon gut, aber mit der Rentenerhöhung erst im Jahre 1957 dauert es mir zu lange.« Eine Rentnerin aus Quedlinburg, [Bezirk] Halle: »Uns Rentner erfreut die Erhöhung der Renten. Bedauerlich ist nur, dass kein konkreter Zeitpunkt genannt wurde, sodass man annehmen kann, Weihnachten 1957 eventuell damit rechnen zu können.«

Feindtätigkeit

Am 25.3.1956 wurden in der Toilette des Sportplatzes »Vater Jahn« in Burgstädt, [Kreis] Karl-Marx-Stadt, drei Galgen angemalt sowie ein Hakenkreuz und die Buchstaben KgU.⁷ Unter den Galgen standen die Namen Pieck, Grotewohl und Ulbricht und die Worte »Sieg Heil«.

1

Die III. Parteikonferenz der SED fand vom 24. bis 30.3.1956 in Berlin statt. Auf ihr wurde der XX. Parteitag der KPdSU ausgewertet.

2

Ulbricht hatte auf der III. Parteikonferenz angekündigt, die Voraussetzungen dafür schaffen zu wollen, dass »in der Zeit des zweiten Fünfjahrplans in der Industrie der Siebenstunden-Arbeitstag und in bestimmten Industriezweigen die 40-Stunden-Woche ohne Lohneinbuße eingeführt werden kann«. Ulbricht, Walter: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. I, Berlin 1956, S. 14–205, hier 152.

3

Ulbricht hatte auf der III. Parteikonferenz eine Rentenerhöhung für das Jahr 1957 in Aussicht gestellt. Vgl. ebenda, S. 154.

4

Ulbricht hatte auf der III. Parteikonferenz angekündigt, im Verlauf des zweiten Fünfjahrplans mit dem Bau eines Atomkraftwerks in der DDR zu beginnen. Vgl. ebenda, S. 97.

5

Der erste Fünfjahrplan in der DDR umfasste den Zeitraum 1951 bis 1955.

6

Im Original: »Finkenherd«.

7

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine u. a. von US-amerikanischen Geheimdienststellen finanzierte und angeleitete antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus mittels Propaganda und zeitweise auch mit militanten Aktionen den Widerstand gegen das SED-Regime unterstützte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln 2015.